

Politik muss noch viel Überzeugungsarbeit leisten

Die Begeisterung unter Jugendlichen für die Beiratswahl hält sich in Grenzen



Gemeinschaftskunde-Lehrer Hans Paulmann engagiert sich im Unterricht sowie für die Einrichtung eines Jugendbeirates.

Bei der Wahl am 13. Mai können erstmalig in Bremen auch die Jugendlichen ab 16 Jahren teilnehmen. Sie haben zwar kein Stimmrecht für den Landtag, aber bei der Zusammensetzung der Beiräte können sie ein Wörtchen mitreden.

Kein Wunder, dass sich die örtlichen Parteien kurz vor der Wahl ganz besonders um die Heranwachsenden kümmern wollen. Die SPD ergriff die Initiative und plant die Einrichtung eines Jugendbeirates, in dem sich die Heranwachsenden engagieren und ihre Meinung mit einbringen sollen. Allerdings müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür noch ausgehandelt werden, denn echte Mitsprache will durchgesetzt werden. Bei der Einrichtung dieses Gremiums in Schwachhausen gab es Druck seitens des Innenressorts, das auf rechtliche Einschränkungen bei den Mitbestimmungs- und Finanzierungsvorstellungen für die Jugendlichen Wert legte. Im Stadtteil Obervieland wurde die Einrichtung eines Jugendbeirates bis nach der Wahl verschoben, da die rechtlichen Rahmenbedingungen noch nicht vorliegen.

Ob es nach den Wahlen überhaupt noch etwas zu verteilen gibt

würde sich auch nichts ändern, wenn die Wahllokale, wie seitens des Bürgerschaftspräsidenten Christian Weber für zukünftige Wahlgänge geplant, in Kneipen oder Jugendtreffs eingerichtet würden. Auch neue, vor allem jüngere Gesichter in der Politik, würden nicht zwingend das Vertrauen und die Stimme aller bisherigen „Wählerverweigerer“ der Klasse gewinnen. „Die sagen ja doch alle das Gleiche und es ändert sich nichts“, so die Meinung eines Schülers über die Politiker und einige Klassenkameraden stimmen ihm zu. An die Möglichkeit bewusst ungültig zu wählen und damit ein politisches Zeichen zu setzen dachte keiner.

worüber es abzustimmen lohnt, ist angesichts der zu erwartenden weiteren Einsparungen im Zuge der Neuregelung des Länderfinanzausgleiches fraglich. Dennoch: Welche Themen die Jugendlichen überhaupt interessieren, könnte über einen Woltmershauser Jugendbeirat festgestellt und stärker im politischen Bewusstsein verankert werden. Das PUSDORFER Blatt hat nachgefragt und eine 10. Schulklasse der Realschule an der Butjadinger Straße zur Kommunalpolitik interviewt.



Cedric, (am Wahltag 18 Jahre)
Ich wähle den Landtag, aber nicht den Beirat. Denn dort kann man ohnehin nicht viel ändern.



Lena, 15 Jahre
„Ich würde wählen wenn ich könnte, um mitzubestimmen was mich interessiert und um Ausbildungsplätze zu schaffen.“



Andre, 18 Jahre

„Ich wähle für Landtag und Beirat die Partei, die die „Pusdorfer Meile“ unterstützt.“

werden häufiger als Ursache dafür benannt, weshalb Jugendliche nicht ins „Wahlfieber“ verfallen. Darüber hinaus ist diese Altersgruppe naturgemäß nicht traditionell an Parteien gebunden. Dass mit dem Wahlakt auch ein Gefühl des Erwachsenseins und einer stärkeren Verantwortung einhergehen könnte, berührt die Jugendlichen wenig – schließlich fühlen sich viele ohnehin reifer als es das tatsächliche Alter vermuten lässt. Erschwerend für die Initiative der Beiratspolitiker zur Einbeziehung

der Jugend kommt hinzu, dass viele Themen, die diese Jugendlichen im letzten Jahr ihrer Schulausbildung begleiten, ohnehin nicht von der Beiratspolitik erfasst beziehungsweise wesentlich beeinflusst werden können: Arbeit- und Ausbildungsstellen, der Weltfrieden und sogar das Thema „Rente mit 67“ spielen in den jugendlichen Gedanken und Forderungen bereits eine wesentliche Rolle. Jede Woche werden die Topthemen aus den Tageszeitungen ausgewertet

und in der Klasse wird über Atomkraft, Airbuskrise und das Rauchverbot diskutiert. Beiratspolitik spielte dabei bislang eine untergeordnete Rolle, und bei den bestehenden engen Beschränkungen des Beiratsrechtes in Bremen müsste man darüber gar nicht traurig sein. Von einem vorbildlichen Musterbeispiel an demokratischer Mitbestimmung kann schließlich nicht immer gesprochen werden.



Gerrit, 15 Jahre

„Ich würde zur Wahl gehen, weil ich so mitbeeinflussen könnte, wie und wofür das Geld unter den Schulen ausgegeben wird.“



Fotos: Jörg Teichfischer

Jan-Ole, 16 Jahre (ohne Foto)

„Ich gehe wählen, weil ich so viele Themen mitbestimmen kann, die mich unmittelbar betreffen.“

Doch davon lassen sich einige Jugendliche der Klasse 10k glücklicherweise nicht abschrecken, andere würden sogar am liebsten sofort wählen, auch wenn sie erst 14 Jahre alt sind und sich noch zwei Jahre gedulden müssen. Gemeinschaftskundelehrer Hans Paulmann hat auf jeden Fall schon einmal eine Testwahl durchführen lassen und holt die Wahlzettel erst nach dem 13. Mai wieder aus dem Schrank. Dann zeigt sich, ob der Instinkt der Jugendlichen über den Wahlausgang richtig war. Einige werden sich dann vielleicht fragen, ob sie nicht doch etwas genauer schauen, was die Politik um sie herum bewirkt.

Jörg Teichfischer

Quartiere bekommen mehr Aufmerksamkeit

Ein Blick in die Wahlprogramme der Parteien zur Bürgerschaftswahl zeigt, dass auf die Stadtteile in Zukunft größere Aufgaben zukommen und die Arbeit dort konzentriert werden soll. Das Motto bei allen demokratischen Parteien, deren Wahlprogramm bei Redaktionsschluss vorlag, heißt: Sparen durch Optimierung und die Stärken fördern. Die Stadtteile sollen mit dazu beitragen, beispielsweise durch den Ausbau von Ganztagschulen, in denen sich zunehmend der Lebensmittelpunkt der Jugend abspielen wird. Durch enge Kooperationen zwischen Schulen, Kindergärten, Vereinen, Kultureinrichtungen und Freien Trägern sowie anderen Akteuren in den Stadtteilen soll die Angebotspalette für Kultur, Freizeit sowie Betreuung und Bildung verbessert werden. Dazu gehört u. a. der Ausbau

von Familienzentren oder Mehrgenerationenhäusern. Auch die Beiräte sollen in diesem Prozess mehr Möglichkeiten und die Stadtteilbewohner weitere Mitsprachrechte erhalten. In allen Programmen anerkannt wird der hohe Stellenwert der Stadteilkultur, die erhalten, gestärkt und ausgebaut werden und nicht einer „Ökonomisierung“ unterliegen soll. Wie das konkret aussehen kann, bleibt in den Programmen in der Regel nicht näher bestimmt. Eine Mischung aus freiwilligem Engagement unter besserer politischer Koordination soll die Lösungen hervorbringen. Das aber in Zukunft weniger Geld für Investitionen (also auch in Kultur) zur Verfügung steht –darüber sind sich alle Parteien einig.

Jörg Teichfischer